

Fachtag am 23. Mai 2018

## Politische Perspektiven für ein sozialeres Hamburg



Im teuren Hamburg werden Menschen mit geringem Einkommen schneller abgehängt als in vielen anderen Städten und Regionen. Und so hat Armut hier viele Gesichter: Wenn das Geld nicht reicht, ist eine Klassenreise oder nur ein Ausflug an die Elbe oft nicht drin. Arme Hamburger\_innen leben in den am stärksten lärm- und schadstoffbelasteten Stadtteilen mit weniger Infrastruktur und einer deutlich schlechteren medizinischen Versorgung. Arm sein heißt auch, sich keine Zähne, keine Brille, keine neue Kleidung leisten zu können. Mehr als 285.000 Hamburger\_innen sind von Armut betroffen – darunter besonders oft Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Erwerbslose, Kinder und Jugendliche.

Auch durch Sozialabbau, steigende Energie-, Miet- und HVV-Preise geraten immer mehr Menschen in eine Armutsspirale – und der Senat tut viel zu wenig, um sie aufzuhalten. Eine Anti-Armutsstrategie, wie sie Wohlfahrtsverbände und DIE LINKE seit langem fordern, gibt es bis heute nicht.

**In ihrer Veranstaltungsreihe „Mut gegen Armut“ hat die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit vielen Betroffenen und Interessierten in den Stadtteilen konkrete Forderungen gefunden:**

Die Erwerbslosigkeit ist in Hamburg auf sieben Prozent gesunken. Doch die Statistik wird schön gerechnet, die Zahl der Hilfeempfänger\_innen steigt trotz positiver Trends. Knapp ein Drittel der Erwerbslosen hat seit mehr als einem Jahr keinen Job. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × **Ein landesfinanziertes Arbeitsmarktprogramm** mit freiwilliger, zumutbarer, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit Tariflohn.

Mehr als verdoppelt hat sich in Hamburg die Zahl der Teilzeit- und befristeten Verträge sowie der Leiharbeit und Niedriglohnjobs seit 2003. Davon betroffen sind vor allem jüngere Menschen und Frauen. Mehr als ein Viertel der befristeten Beschäftigten unter 35 Jahren verdient selbst bei Vollzeit weniger als 1.100 Euro. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × **Einen Landesmindestlohn von 13 Euro pro Stunde sowie eine Verankerung des Mindestlohns auch im Vergaberecht.** Damit würde die Freie und Hansestadt Hamburg auch Anstoßgeberin für die Privatwirtschaft sein, denn sie vergibt jährlich für etliche Milliarden Euro Aufträge.

Hamburg ist Hauptstadt der Altersarmut. Fast 17 Prozent der Rentner\_innen gelten als arm. Die Zahl der Empfänger\_innen von Grundsicherung im Alter ist seit 2003 um fast 72 Prozent gestiegen. Um 67 Prozent wuchs in dieser Zeit die Anzahl der Rentner\_innen mit Mini-Job. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × Die **Anhebung der Regelsätze der Grundsicherung im Alter** angepasst an die lokalen Lebenshaltungskosten, wie es München vormacht, sowie **kostenlose wohnortnahe Haushaltsdienstleistungen** für Senior\_innen, zum Beispiel Unterstützung bei Einkauf und Mobilität.

Die Zahl der Kinder, die mit Hartz IV aufwachsen müssen, ist weiter gestiegen: 2016 war es in Hamburg jedes vierte Kind. Besonders trifft es die Haushalte von Alleinerziehenden: 40 Prozent dieser Familien waren 2015 auf Hartz IV angewiesen. Umso wichtiger sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die sie nichts kosten. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × Die **Aufstockung des Bildungs- und Teilhabepakets** mit Hamburger Mitteln sowie ein **kostenloses Frühstück** in Schulen und Kitas.

Hohe Mieten sind ein Hauptgrund, dass die Armut in Hamburg immer größer wird. Schon 45 Prozent der Hamburger\_innen geben heute mehr als die Hälfte ihres Nettoeinkommens für die Miete aus. Seit 2006 sind die Mietpreise bei Neuvermietungen um 50 Prozent gestiegen. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × **Mehr sozialen Wohnungsbau, eine Verlängerung der Bindungsfristen und eine echte Mietpreisbremse.**

Immer mehr Menschen in Hamburg können sich Strom, Wasser und Gas nicht mehr leisten. Energie- und Mietschulden führen häufig zum Verlust der Wohnung. Und die Stromkosten wachsen weiter: Inzwischen übersteigen sie den Energieanteil im Arbeitslosengeld II und der Grundsicherung um rund 35 Euro für eine alleinstehende Person. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × **Frühwarnsysteme** bei drohenden Strom-, Wasser- oder Gas-Absperrungen sowie **Clearingstellen** für Energieschuldner\_innen.

Arme Menschen leben deutlich kürzer als wirtschaftlich besser gestellte Hamburger\_innen. Außerdem wohnen sie oft in Stadtteilen mit schlechterer Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel kümmert sich in Othmarschen ein\_e Kinderärzt\_in um 995 Kinder, in Jenfeld dagegen um 4.937 – fünfmal so viel. Im Stadtteil Eimsbüttel gibt es 36 Frauenärzt\_innen, in Steilshoop gar keine. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × **Kommunale medizinische Versorgungszentren** in medizinisch unterversorgten Stadtteilen sowie **eine bedarfsgerechte Planung und Förderung der Gesundheitsversorgung** nach regionaler Bedürftigkeit.

Soziale Einrichtungen sind wichtig für ein soziales Miteinander, soziale Teilhabe und bürgerliches Engagement. So gibt es in Hamburg 244 Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit, zum Beispiel Bauspielplätze oder Jugendtreffs. Davon haben jedoch 93 Einrichtungen weniger als eine Vollzeitstelle, 124 verfügen über weniger als zwei Stellen. So wichtig soziale Einrichtungen auch sind, so unzureichend werden sie gefördert. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × Die **Erhöhung der RISE-Mittel** (Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung) für benachteiligte Gebiete mit entsprechenden Indikatoren sowie eine Grundfinanzierung sozialer und kultureller Einrichtungen.

Armut bedeutet auch, dass das Geld für die Fahrkarte oft nicht reicht. Seit 2003 sind die Preise für den HVV um 36,4 Prozent gestiegen. Gleichzeitig reicht der in den Hartz IV-Sätzen enthaltene Anteil für Fahrkarten weder für häufige Fahrten noch für eine Monatskarte aus. Deshalb fordert DIE LINKE:

- × Im ersten Schritt soll der **HVV für Menschen mit wenig oder gar keinem Einkommen kostenfrei** werden. Parallel zu seinem Ausbau wollen wir den Öffentlichen Personennahverkehr langfristig kostenfrei, also fahrscheinfrei, für alle machen.

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft